

GGR 20. Juni 2016

Voten:

Ja zu bezahlbarem Wohnraum für Alle; Nein zur Initiative, Ja zum Gegenvorschlag

-Anna Fink (EVP), Traktandum Initiative „Bezahlbares Wohnen für Alle“ / Verabschiedung z. H. Volksabstimmung: Bezahlbares Wohnen ist ein Anliegen, das die EVP seit Jahren hier immer wieder einbringt und mit politischen Vorstößen unterstützt. Es ist unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht, die demografische Entwicklung fordert uns dazu auf. Wir haben ein Interesse daran, dass Spiez als Wohnort für Familien attraktiv ist, bezahlbarer Wohnraum ist ein wichtiges Kriterium dafür. Wir wissen, dass es für Familien mit 2, 3 Kindern mit einem Durchschnittseinkommen schwierig ist, eine finanzierbare Mietwohnung zu finden. Das zeigten unter anderem auch die 2010 von der Spiez Marketing AG durchgeführten Gruppengespräche: Unter Spiezer Schwachstellen im Bereich „wohnen“ landete „wenig günstige Mietwohnung“ auf dem ersten Platz. Eine aktive Wohnbaupolitik hat zum Ziel, Familienwohnungen in Kostenmiete anzubieten, gleichzeitig fördert sie das Angebot an kleineren bezahlbaren Wohnungen. Dies erleichtert älteren Menschen den Schritt vom Eigenheim in eine Wohnung. Die Metron-Studie hat gezeigt, dass in Spiez bei einer idealen Nutzung vom bestehenden Wohnraum 2000 Personen zusätzlich wohnen könnten. Eine aktive Wohnbaupolitik trägt auch diesem Umstand Rechnung. Die Initiative nimmt ein Anliegen auf, das die EVP voll und ganz unterstützt. Leider weist sie aber in der Formulierung Mängel auf und ist in ihren Forderungen nicht stufengerecht, Umsetzungsmassnahmen gehören nicht in die Gemeindeordnung. Sie ist in dieser Form der Sache nicht dienlich. Aus diesen Gründen lehnt die EVP-Fraktion die Initiative „Bezahlbares Wohnen für Alle“ ab.

Anders als die SVP sehen wir aber dringenden Handlungsbedarf und gehen auch nicht davon aus, dass Eigeninitiative genügend ist, um dieses Problem anzugehen. Wir sind froh, dass der GR einen Gegenvorschlag erarbeitet, wir sehen diesen nicht als „Initiative light“, der das Anliegen verwässert, wie es in Zeitungsartikeln von Seiten der Initianten zu lesen war. Mit dem Gegenvorschlag verpflichtet sich der GR, das Anliegen einer aktiven Wohnbaupolitik und das Fördern von preisgünstigem Wohnraum in die Gemeindeordnung aufzunehmen, so wie es die Initianten fordern. Für die Umsetzung dieses Anliegens wird ein Reglement erarbeitet. Das ist stufengerecht und sachdienlich. In diesem Reglement sind konkrete Umsetzungsmassnahmen formuliert und der GR verpflichtet sich, uns innerhalb eines Jahres das Reglement zur Beschlussfassung vorzulegen. Das ist doch nicht verwässert und schwammig. Wir wollen vorwärts kommen mit dem preisgünstigen Wohnungsbau, also stimmen wir dem Gegenvorschlag zu. Die EVP-Fraktion lehnt die Initiative ab und unterstützt den Gegenvorschlag des GR.

-Anna Fink (EVP) zum Gegenvorschlag des GR: Die EVP-Fraktion wird dem Gegenvorschlag des Gemeinderates zustimmen. Die EVP-Fraktion sagt klar Ja zu bezahlbarem Wohnraum und Nein zur Initiative. Man hat den Eindruck dass der

Gegenvorschlag die sachdienlichere Art ist, mit diesem Anliegen vorwärts zu kommen. Es sind einige Voten gefallen, dass Spiez eine gute Durchmischung aufweise und keine Massnahmen nötig sind. Wenn sie oberflächlich schaut, sieht sie auch Kinder und ältere Leute. Wenn man aber die demografische Entwicklung in Spiez betrachtet, muss aktiv etwas unternommen werden, dass die Schulen gut besetzt und eine gute Durchmischung erreicht werden kann.

-Markus Wenger (EVP) zum Gegenvorschlag des GR: Wenn wir eine breitere Wohnbaupolitik in Spiez betreiben wollen, braucht es ein Bekenntnis. Es spielt schlussendlich keine Rolle, ob es sich um Wahlkampf handelt oder um Missverständnisse, welche dargelegt wurden, was man unter Wohnbaupolitik und genossenschaftlichem Wohnungsbau versteht. Es braucht ein Bekenntnis, dass man Land reserviert für diesen Zweck. Nicht mehr und nicht weniger. Dieses Land wird in der Regel von den Unternehmern Richtung Thun-Bern sinnvoll genutzt. Es wird gut gebaut und Leute, welche diese Bauten genossenschaftlich verwalten, handeln eigenverantwortlich. Häufig mit mehr Eigenverantwortung als dies eine Erbgemeinschaft tut, welche ein Renditeobjekt betreibt. Die BDP-Fraktion hat sich über die Kosten aufgehalten. Die Gemeinde muss dieses Land reservieren und kann dieses im Baurecht abgeben und erhält den Baurechtszins. Es wird wahrscheinlich eine Anschubfinanzierung benötigt, vielleicht im Sinne eines Wettbewerbes, welcher vorfinanziert werden muss. Es ist nicht so, dass die Gemeinde jährlich Gelder in die Wohnungen stecken muss. Er nimmt auch nicht an, dass die Gemeinde diese Bauten betreiben muss. Dafür gibt es dann die Genossenschaft. Die Wohnbaugenossenschaften gehen bei den Arbeitsvergebungen sehr verantwortungsvoll um und berücksichtigen keine billigen Arbeitsvergaben aus dem Ausland. Sie arbeiten meistens mit dem einheimischen Gewerbe. Gute Beispiele gibt es besonders im Raum Zürich, wo Gewerbeverbände und –einrichtungen solche Wohnungen betreiben. Dies ist ein Vorbild. Deshalb ist der Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

Ja zu Jahresrechnung und –bericht 2015

Markus Wenger (EVP), *Traktandum Jahresrechnung und -bericht 2015:* Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Anstrengungen. Der grössere Teil der Besserstellung gegenüber dem Budget ist auf der Aufwandseite zu finden. Es ist also gelungen, die Ausgaben so zurückzufahren, dass wir das gute Resultat erreichen konnten. Man ist froh über diese positive Nachricht. Die Sondermassnahme der Periodenabgrenzung ist für die EVP-Fraktion in Ordnung und ist ja auch nicht ausgabenwirksam. Es ist nur eine buchhalterische Abgrenzungsmassnahme. Man kann gespannt sein, wie sich die Steuererträge in Zukunft weiterentwickeln werden. Von kantonaler Seite gibt es verschiedene Tendenzen. Die Unternehmenssteuerreform trifft die Gemeinde Spiez nicht sehr heftig.